

Wirtschaftspolitik

Leistung muss sich lohnen

0. Inhalt

1. Ausgangslage beim Regierungswechsel 2005

2. Was wurde von der unionsgeführten Bundesregierung erreicht?

3. Weitere notwendige Schritte

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell, das es uns auch in Zukunft ermöglicht, in Wohlstand zu leben. Sie verbindet Chancen für den Einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft. Seit Ludwig Erhard gilt der Grundsatz „Wohlstand für alle“. Für uns bedeutet das heute vor allem: Arbeit für alle, Leistungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Wir halten Arbeit für alle für möglich und arbeiten für die Erreichung dieses Ziels. Die Leistungsgerechtigkeit erfordert, dass sich Leistung lohnt und die Entlastung der Bürger Vorrang vor neuen staatlichen Aktionsfeldern hat. Mit dem Bürgerentlastungsgesetz und der zweiten Stufe der Steuerreform zur Abmilderung der „kalten Progression“, also der Steuererhöhungen durch die Hintertür, werden die Bürger zum Jahresbeginn 2010 um rund 13 Mrd. Euro entlastet. Generationengerechtigkeit erfordert, die Schulden des Staates zu begrenzen und mit Investitionen in Innovationen und Infrastruktur die Grundlagen für das Leben zukünftiger Generationen zu schaffen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Wir sehen ihn in der Pflicht, mit marktkonformen Mitteln Hilfestellungen zu bieten und Anreize zu setzen, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können.

Die CDU-geführte Bundesregierung will den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu weltweiter Geltung verhelfen.

1. Ausgangslage beim Regierungswechsel 2005

Deutschland lag bis 2005 beim Wirtschaftswachstum in der EU nur allzu oft auf hinteren Plätzen. Nicht die Weltwirtschaft war Schuld, sondern dass zu lange die notwendigen

Maßnahmen in Deutschland nicht angegangen wurden! Während die Weltwirtschaft rasant wuchs, trat Deutschland weitestgehend auf der Stelle. Bei Regierungsantritt Rot-Grün waren 3,9 Millionen Menschen ohne Arbeitsplatz und die Arbeitslosigkeit war geringer als im Durchschnitt der EU. Anfang 2005 waren 5,3 Millionen Menschen arbeitslos. Es gab in Deutschland einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosenzahl – trotz eines weltweiten Wirtschaftsbooms – auf den höchsten Stand der Nachkriegsgeschichte.

2. Was wurde von der unionsgeführten Bundesregierung erreicht?

Die CDU-geführte Bundesregierung hat durch ihre Politik eine – bis vor kurzem – sehr positive Entwicklung auch auf dem Arbeitsmarkt begünstigt. Ende 2008 hatten wir zwischenzeitlich nur noch gut 2,9 Millionen gemeldete Arbeitslose. Die Trendwende wurde geschafft. Im europäischen Vergleich haben wir das Tabellenende verlassen und befanden uns Ende 2008 wieder im Mittelfeld – wie 1998. Innerhalb von drei Jahren ist die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen im Jahresdurchschnitt um ca. 1,6 Millionen gesunken. In einer ähnlichen Größenordnung hatte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Erwerbstätigen seit 2005 zugenommen. Mit über 40 Millionen gab es im Laufe des letzten Jahres mehr Erwerbstätige als je zuvor in Deutschland.

Insbesondere junge Menschen profitierten vom Aufschwung, weil sie leichter einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden. Die Jugendarbeitslosigkeit hatte sich zwischenzeitlich verglichen mit 2005 halbiert.

Der unionsgeführten Bundesregierung ist gelungen, durch die Entlastung, vor allem der mittelständischen Unternehmen von Bürokratie, neue Arbeitsplätze zu ermöglichen. In ersten Überarbeitungen der Hartz IV Gesetze wurde der Leistungsmissbrauch eingeschränkt und die Anreize für Arbeit gestärkt.

Wichtige Schritte zu einer Neuorientierung der deutschen Finanzpolitik sind geglückt. Die unionsgeführte Bundesregierung hatte die deutsche Finanzpolitik darauf ausgerichtet, spätestens 2011 ohne neue Schulden für den Bundeshaushalt auszukommen. Deutschlands

Staatsdefizit sank von 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, im Jahr 2005 auf 1,6 Prozent in 2006. In 2007 hat die öffentliche Hand insgesamt erstmals seit der Wiedervereinigung einen faktisch ausgeglichenen Haushalt erreicht. Deutschland steht bei dieser Kennzahl damit erstmals seit 1996 auch wieder besser da als der Durchschnitt der EU. 2008 war im Bundeshaushalt die geringste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung geplant – mit einer Nettokreditaufnahme von 11,9 Milliarden Euro. Der konsequent eingehaltene Konsolidierungskurs und eine erfolgreiche Finanzpolitik führte in Deutschland zu einem Sinken der Staatsquote. Generell bedeutet eine geringere Staatsquote verbesserte Wachstumschancen und damit bessere Chancen für mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand. In Zeiten von Krisen – wie jetzt eine voraussichtlich schwere ihren Anfang nimmt – kann eine kurzfristige und vorübergehende Ausweitung der Staatsquote als antizyklische – also gegen den Abschwung gerichtete Maßnahme – allerdings sinnvoll sein. Die auf den Weg gebrachte Schuldenbremse wird ein elementarer Beitrag zur mittel- und langfristigen Haushaltskonsolidierung, Generationengerechtigkeit aber auch staatlicher Handlungsfähigkeit in Not- bzw. Ausnahmesituationen sein können. So werden bei Naturkatastrophen und Krisen – wie sich gerade jetzt eine abzeichnet – die Möglichkeiten der Verschuldung kurzfristig ausgeweitet, bei gleichzeitiger Verpflichtung, anschließend mit Hilfe eines Tilgungsplans auf den Konsolidierungspfad zurückzukehren.

Wir sind der Überzeugung, dass die unionsgeführte Bundesregierung auf dem richtigen Weg ist. Der Staat muss den Menschen mehr Raum für Entfaltung und Eigenverantwortung einräumen und seine Funktion als gigantische Umverteilungsbürokratie einschränken. Vor allen Dingen müssen die Arbeitskosten wettbewerbsfähiger werden.

Die in Anfang 2008 in Kraft getretene Unternehmensteuerreform senkt die Steuersätze für Körperschaften auf insgesamt unter 30 Prozent und verbessert damit die Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen in Deutschland. Vor wenigen Monaten haben wir im Bereich der Unternehmensbesteuerung weitere Verbesserungen erreicht. Es sind die Anhebung der Freigrenze bei der Zinsschranke von 1 Mio. € auf 3 Mio. €, die Einführung einer Sanierungsklausel zum Erhalt von Verlustvorträgen bei Sanierungen und die Anhebung der Ist-Versteuergrenze bei der Umsatzsteuer auf bundesweit 500.000 €. Hieraus ergibt sich eine Entlastung der Wirtschaft um rd. 2,9 Mrd. €.

Wir stehen für eine Offensive für mehr Selbständigkeit, Existenzgründungen, Innovation und Stärkung des Mittelstandes. Unsere Gesellschaft muss von der bürokratischen Gängelung des Staates und vieler anderer Institutionen befreit werden. Dies kann gelingen, wenn Zuständigkeiten klar geregelt und dort angesiedelt sind, wo sie am wirkungsvollsten wahrgenommen werden können! Mit der Föderalismusreform I ist hier ein erster wichtiger Schritt gemacht. Rechtsvorschriften des Bundes werden nunmehr auf ihre bürokratischen Auswirkungen geprüft, Bürokratiekosten werden nach Standard-Kostenmodellen ermittelt, Buchführungs- und Statistikpflichten werden reduziert. Ein wesentlicher Meilenstein auf diesem Weg sind die Mittelstandsentlastungsgesetze, durch die vor allem für kleine und mittlere Unternehmen bürokratische Lasten zurückgefahren wurden. Insgesamt erfolgte bislang eine Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten in Höhe von etwa 7 Mrd. Euro jährlich.

Die Belastung des Faktors Arbeit durch die Lohnzusatzkosten konnte auf unter 40 Prozent reduziert werden. Auch die Anhebung der Mehrwertsteuer trug dazu bei, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf nunmehr 2,8 Prozent abzusenken. Dies macht Arbeit in Deutschland wettbewerbsfähiger. Die Unternehmer investieren so eher in neue Arbeitsplätze. Und die Arbeitnehmer haben mehr netto in der Tasche.

Die CDU stärkt Bereiche wie die Mikroelektronik oder die Bio- und Nanotechnologie systematisch. Unser Ziel ist es, Deutschland in Forschung und Technik wieder an die Weltspitze führen. Hierzu stehen fast 7 Mrd. Euro zur Verfügung, die die unionsgeführte Bundesregierung zusätzlich in Forschung und Entwicklung investiert. Allein in 2008 gibt die CDU-geführte Bundesregierung die Rekordsumme von 11,2 Milliarden Euro für Forschung und Innovation aus. Die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern verbessert die Chancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs nachhaltig und schafft damit Voraussetzungen für Innovationen, Aufschwung, Arbeit und Wohlstand.

Der Weltwirtschaftsboom der letzten Jahre ist nun jäh unterbrochen. In der Krise hat die CDU-geführte Bundesregierung Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht, die zum einen den

Finanzmarkt in seiner Funktion sichern sollen. Zum anderen sollen insbesondere mit der Ausweitung des Kurzarbeitergeldes Überbrückungsmöglichkeiten in der Krise ohne Arbeitslosigkeit ausgeweitet werden. Gleichzeitig sind eine Reihe von Möglichkeiten geschaffen und erweitert worden, die die Liquidität von kleinen, mittleren und großen Unternehmen unterstützen soll. Des Weiteren wurde die Investitionsförderung im Bereich von Forschung und Entwicklung, aber auch in Infrastruktur und Bildung gestärkt.

3. Weitere notwendige Schritte

Über die akuten Probleme hinaus brauchen wir grundlegende Reformen am Arbeitsmarkt, um mehr Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen. Deutschland braucht keine Neiddebatten. Vielmehr muss sich Leistung in Deutschland lohnen. Unsere Maxime lautete: „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Dabei muss dem Prinzip: „Wenn jemand arbeitet, muss er mehr Geld zur Verfügung haben, als wenn er nicht arbeitet“ noch stärker Gültigkeit verschafft werden.

Zusätzlich wollen wir – bei entsprechendem finanziellem Spielraum – das Steuersystem unter dem Leitgedanken „einfach, niedrig, gerecht“ weiterentwickeln. Mittelfristig geht es uns um eine große Steuerreform. Ziel ist ein einfaches, transparentes und gerechtes Steuersystem. Grundsätzlich sollen eine Vielzahl von Steuerbefreiungen, Steuervergünstigungen und Ausnahmetatbeständen gestrichen oder eingeschränkt werden.

Es geht uns um eine grundlegende Tarifreform, die schleichende Steuererhöhungen allein aufgrund des Tarifverlaufs („Kalte Progression“) mildert. In zwei Schritten wollen wir lt. Wahlprogramm die Bürgerinnen und Bürger spürbar entlasten:

- Abflachung des Mittelstandsbauches: Leistung und Einsatzbereitschaft müssen sich wieder mehr lohnen. Durch eine Korrektur des Tarifverlaufs (Abbau des „Mittelstandsbauches“) sorgen wir dafür, dass Lohnerhöhungen auch wirklich bei denjenigen ankommen, die sie erarbeitet haben.

- Senkung des Eingangssteuersatzes: Jeder Steuerzahler leistet einen wertvollen Beitrag für unser Land, seine Menschen und ihre soziale Absicherung. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass Starke einen größeren Anteil daran zu tragen haben als Schwache. Genauso finden wir es richtig, dass jeder seinen Beitrag leistet, so gut er kann. Vor allem die Beziehher niedriger und mittlerer Einkommen stoßen aber oftmals an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Deshalb wollen wir den Eingangssteuersatz in einem ersten Schritt von 14 Prozent auf 13 Prozent und in einem zweiten Schritt auf 12 Prozent senken.
- Verschiebung des Höchststeuersatzes: Die Höchststeuer betrifft heute nicht mehr nur Spitzenverdiener, sondern bereits viele Facharbeiter, Handwerker und Kleinunternehmer. Diese leistungsfeindliche Wirkung wollen wir ändern. Der Höchststeuersatz, der heute schon ab einem Jahreseinkommen von 52.552 Euro greift, soll künftig ab 55.000 Euro und später ab 60.000 Euro zum Zuge kommen. Der Steuersatz bleibt dabei unverändert.

Wir brauchen eine krisenfeste Weiterentwicklung der Unternehmenssteuerreform und eine familienfreundlichere Ausgestaltung der Erbschaftsteuer. Wir wollen überdies eine strukturelle Überprüfung der Vorschriften zur Mehrwertsteuerbelastung mit dem Ziel, nicht mehr zeitgemäße und für die Bürger nicht nachvollziehbare Belastungswirkungen zu korrigieren und insbesondere die europäische Wettbewerbssituation bestimmter Bereiche zu berücksichtigen.

Wir sind uns bewusst: Wer gestärkt aus der Krise hervorgehen will, muss die richtigen Schwerpunkte setzen. Unser Leitgedanke ist: In Deutschlands Stärken investieren. Wir brauchen Investitionen in Innovationen und in Bildung. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, sind wir auch in den kommenden Jahrzehnten auf den Ideen- und Erfinderreichtum unseres Landes angewiesen. Made in Germany steht für Wertarbeit und Spitzentechnologie. Dieses Markenzeichen werden wir erhalten.

Autor: Mathias Hübscher